

VISIONEN FÜR ÖSTERREICH:

# Ökosoziale Marktwirtschaft

*Diskussionsforum 5*

*Mehr Privat -*

*Der Abschied vom großen Bruder*

Neu denken.  
Für Wirtschaft  
und Umwelt.



Zukunftsparteitag, 24.-25. November 1989, Graz

Vorsitz: Bundesminister Dr. Wolfgang Schüssel  
Berichterstatter: -

---

### MEHR PRIVAT - DER ABSCHIED VOM GROSSEN BRUDER

"Privatisieren ist mehr als der Wechsel der Eigentumsverhältnisse von staatlichen in private Hände. Privatisieren ist keine Geldbeschaffungsaktion des Staates zur Finanzierung seines Budgetdefizits und seiner Schulden. ... Privatisierung und Deregulierung leiten ein Neuüberdenken der Rolle des Staates in der Wirtschaft einerseits und der wirtschaftlichen Freiheitsrechte der Staatsbürger andererseits ein."

(Privatisierungsprogramm der Volkspartei)

### DER ABSCHIED VOM GROSSEN BRUDER HAT BEGONNEN

"Der Mythos der Linken, daß Verstaatlichung Fortschritt bedeutet, hat sich als falsch erwiesen. Die Staatswirtschaft ist gescheitert." - Mit dieser knappen Diagnose urteilt der sozialistische Ministerpräsident Spaniens, Felipe Gonzales, über eine der folgenschwersten Fehlentwicklungen des Sozialismus.

Nur wenige Jahre vor der Jahrtausendwende setzt sich auch unter sozialistischen Ökonomen und Politikern immer mehr die Erkenntnis durch, daß, je mehr der Staat unternehmerische Verantwortung übernimmt, je höher der Staatsanteil am Sozialprodukt ist, je begieriger die öffentliche Hand neue Aufgaben übernimmt und je mehr sie versucht, Staatsbürger und Wirtschaft an die kurze Leine zu nehmen, die ökonomische Substanz eines Staates nur umso brüchiger, und die Wahrnehmung seiner ursprünglichen Aufgaben nur umso schwieriger wird.

Unter den zehn größten Industrieunternehmen Österreichs sind nur zwei völlig staatsfrei. Nach einer Untersuchung der beiden Harvard-Professoren Kenneth D. Walters und Joseph Monsen weist Österreich unter allen westeuropäischen Staaten den höchsten Staatsanteil überhaupt auf.

Immer mehr befürsorgte der österreichische Staat in der Vergangenheit seine Bürger, ob sie das wollten oder nicht, immer mehr mischte er sich in die verschiedenen Lebensbereiche ein. Vor allem aber wurde der Staat in Österreich in vielfach überzogener Form als Wirtschaftsgestalter und Wirtschaftslenker mißbraucht.

Am Ende der letzten Legislaturperiode war auch die sozialistische Verstaatlichtenpolitik endgültig am Ende. Ein Vergleich zwischen der Privat- und Staatsindustrie zeigt, daß trotz einer Gesamtsubvention von 59 Mrd. Schilling, die inklusive Finanzierungskosten den Steuerzahler mit über 100 Mrd. Schilling belastet, das sozialistische Beschäftigungsexperiment in der Verstaatlichten Industrie dramatisch gescheitert ist: Seit 1980 gingen im ÖIAG-Bereich 31.000 Arbeitsplätze verloren - alleine seit 1985 waren es 17.000. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der unselbständig Beschäftigten deutlich gestiegen und erreicht derzeit Rekordwerte. Besonders erfreulich ist, daß mittlerweile auch die Zahl der Selbständigen wieder deutlich zunimmt.

Arbeitsplätze und Produktionsstätten können auch im Bereich der Verstaatlichten Industrie langfristig nur durch einen nachhaltigen Verbleib in der Gewinnzone sowie durch eine flexible, ergebnisverantwortliche und dezentrale Unternehmensführung abgesichert werden.

Die bisher erzielten Erfolge und Ergebnisverbesserungen im Bereich der Verstaatlichten Industrie sind als erste Schritte in die richtige Richtung anzuerkennen. Die Zielstrebigkeit bei der Fortführung der eingeleiteten Sanierung darf jedoch gegen Ende der Legislaturperiode keinesfalls nachlassen. Es darf nicht vergessen werden, daß ein Teil der erzielten Ergebnisverbesserungen lediglich auf eine ausnehmend positive nationale und internationale Konjunktur gestützt ist. Die Dringlichkeit einer konsequenten weiteren Sanierungsarbeit zeigt sich insbesondere auch darin, daß vergleichbare ausländische Konzerne mittlerweile satte Gewinne verbuchen.

### DAS PRIVATISIERUNGSPOTENTIAL IST NOCH LANGE NICHT ERSCHÖPFT

Entgegen allen sozialistischen Unkenrufen war der bisherige Abschied des Staates aus Teilbereichen der Wirtschaft keineswegs schmerzhaft - im Gegenteil, alle bisherigen Privatisierungen wurden zu einem großen Erfolg für Anleger, Unternehmer, Mitarbeiter und Steuerzahler.

Am Ende dieser Legislaturperiode wird das Gesamtvolumen der Privatisierungen auf rund 40 Mrd. Schilling gewachsen sein.

Gleichzeitig muß aber mit Besorgnis festgestellt werden, daß maßgebliche Kräfte in der sozialistischen Partei gegen Ende der Legislaturperiode wieder verstärkt in jene wirtschaftspolitischen Strickmuster zurückzufallen scheinen, die zu dem enormen Reform- und Sanierungsbedarf am Beginn der Legislaturperiode geführt haben.

Der inhaltliche Widerstand gegenüber weiteren Teilprivatisierungen trotz des historischen Booms an der Wiener Börse sowie die kategorische Ablehnung umfassender Entstaatlichungsprogramme lassen darauf schließen, daß Einfluß- und Machtpositionen auch zum Nachteil der Steuerzahler gewahrt bleiben sollen.

Die Österreichische Volkspartei hat daher im Herbst 1988 ein umfassendes Privatisierungsprogramm erarbeitet, welches einerseits eine Fülle zukünftiger Entstaatlichungsmöglichkeiten aufzeigt und andererseits die strategischen Ziele für die nächste Legislaturperiode beinhaltet. Die ÖVP-Grundposition kann mit dem folgenden 7-Punkte-Programm umrissen werden:

- 1) Privatisierung ist für die ÖVP kein Selbstzweck. Die ÖVP ist vielmehr von der Überlegenheit privatwirtschaftlicher Organisationsstrukturen in weiten Bereichen der derzeitigen Verstaatlichten Industrie überzeugt. Gleichzeitig müssen überholte Staatsaufgaben aufgegeben werden, wobei sich durchaus auch neue, zeitgemäße Aufgabenstellungen für den Staat, wie etwa aus der Konzeption der Ökosozialen Marktwirtschaft heraus, entwickeln können.
- 2) Keine neuerlichen Belastungen für den Steuerzahler - im Gegenteil: der Steuerzahler hat ein Anrecht darauf, daß durch Dividendenzahlungen an das Budget und umfassende weitere Privatisierungen zumindest ein Teil der geleisteten Subventionen wieder an ihn zurückfließt.
- 3) Die ÖVP bekennt sich zur Arbeitsplatzsicherung als zentrales Anliegen ihrer Wirtschaftspolitik. Für den Bereich der Produktionsbetriebe bedeutet das, daß sichere Arbeitsplätze nur von jenen Unternehmen bereitgestellt werden können, die ertragreich produzieren. Gleichzeitig geht die ÖVP davon aus, daß nur von entsprechend ertragreichen Produktionsstätten auch eine persönliche Befriedigung für den einzelnen Arbeitnehmer ausgehen kann.
- 4) Vorrang für dezentrale, voll ergebnisverantwortliche und flexible Strukturen - damit wird einerseits der Verwaltungsüberbau zurückgedrängt, andererseits ein rasches Reagieren auf Markterfordernisse ermöglicht.
- 5) Die ÖVP anerkennt das Anliegen einer gesicherten Versorgungsstruktur für die Bevölkerung. Nur in jenen Bereichen, wo diese von privaten Eigentümern nicht auch für Krisenzeiten ausreichend gesichert werden kann oder wo die größere Effizienz des Staatseigentums nachgewiesen werden kann (Beweislastumkehr!), haben verstaatlichte Produktions- und Dienstleistungsstrukturen ihre Berechtigung. Daraus leitet die ÖVP das Erfordernis ab, daß schon in mittelfristiger Perspektive für wichtige Betriebe der Verstaatlichtenanteil unter 51 % gesenkt werden muß.
- 6) Einführung von Golden-Share- und ähnlichen Modellen zur Wahrung begründeten Staatseinflusses trotz Aufgabe von staatlichem Mehrheitseigentum.

- 7) Die ÖVP bekennt sich zur Zielsetzung einer umfassenden Mitarbeiterbeteiligung. Durch verbesserte Möglichkeiten der Kontrolle und Einflußnahme auf die Unternehmensführung wird die Position des Mitarbeiters gestärkt, die Motivation der Mitarbeiter und damit auch der Unternehmenserfolg positiv beeinflusst. Gleichzeitig wird dem gesellschaftspolitischen Anliegen der ÖVP einer möglichst breiten Eigentumsstreuung entsprochen.